



Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Thomas Strobl MdB

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Heilbronn
Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg

13.- 17. Mai 2013 Nr. 75

Die Alternativen werden klar

Hinter uns liegt die viertletzte Sitzungswoche der Wahlperiode. Während Union und FDP weiter mit Augenmaß für unser Land arbeiten, schaltet die Opposition schon auf Wahlkampfmodus und überbietet sich mit immer neuen Plänen zur Volkserziehung. So will der Chef der SPD Tempo 120 auf Autobahnen, seine Partei hatte aber Tempo 130 beschlossen und ihr Kanzlerkandidat hält das alles nicht für sinnvoll. Die Grünen setzen noch eins drauf und wollen flächendeckend Tempo 80 auf Landstraßen und Tempo 30 in der Stadt. Da ist nur eins klar: So kommt unser Land nicht voran.

Auch die Wahrheit über die rot-grünen Steuerpläne kommt Stück für Stück ans Licht. Immer mehr Experten und Bürger rechnen nach und merken, dass bei weitem nicht nur Spitzenverdiener und Reiche zur Kasse gebeten werden sollen. Die Belastungen würden weite Teile der Mittelschicht treffen, nicht einmal Familien würden geschont. Wer eine Vermögensteuer einführen will, muss zuerst einmal alle 82 Millionen Bundesbürger flächendeckend auf Vermögen überprüfen. Auch das verschweigen SPD und Grüne.

Die Regierungskoalition arbeitet noch immer an den kleinen und großen Themen, um Deutschland und seine Menschen voranzubringen. Doch auch schon vor Ende der Wahlperiode ist klar: Es waren vier gute Jahre für Deutschland.

Fraktionsbilanz im Postkartenformat

Mit zehn verschiedenen Motiven stellt die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Ihre wichtigsten Erfolge der zu Ende gehenden Legislaturperiode dar.



* Auf den Straßen will jeder schnell vorankommen. Wenn der Asphalt brüchig ist, wird das schwer. Vielerorts sind neue Straßen nötig. Auf Initiative der Unionsfraktion wurden trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung 2012 und 2013 fast zwei Milliarden Euro zusätzlich für Verkehrsinvestitionen bereitgestellt. Die ländlichen Regionen bleiben weiterhin an die urbanen Zentren und den Fernverkehr angebunden.

Bundestagsdrucksache 17/6600,
Haushaltsgesetz 2012

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

Regierungserklärung zur Bundeswehrreform

Zum Stand und zu den Perspektiven der Neuausrichtung der Bundeswehr – rund drei Jahre nach ihrem Start – berichtete Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière an diesem Donnerstag in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag. Die Neuausrichtung sei keine weitere Etappe in einer Reihe von Reformen – sie „ist die grundlegende Antwort auf die veränderte sicherheitspolitische Lage. Sie ist ein tiefgreifender Umbruch in der Geschichte der Bundeswehr.“ Nicht nur aus nationaler Perspektive sei die Neuausrichtung elementar. „Als vereintes, starkes und souveränes Land im Herzen Europas tragen wir eine Mitverantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt“, unterstreicht de Maizière. Sowohl Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert MdB als auch Verteidigungsminister Thomas de Maizière MdB gedachten am Donnerstagmorgen im Plenum dem deutschen Soldaten, der am 4. Mai in Afghanistan gefallen ist.

Neue Grundordnung für Banken steht

Nach intensiven Vorarbeiten sorgte die christlich-liberale Koalition diese Woche dafür, dass Haftung und Verantwortung an den Finanzmärkten nicht umgangen werden können. Im Zentrum der Regelungen stehen schärfere Finanzierungsvorschriften sowie stärkere Eingriffs- und Sanktionsmöglichkeiten. Geschäftsleitungen und Aufsichtsräte haben sich höheren Qualitätsanforderungen zu stellen. Auch werden variable Vergütungen gedeckelt, um Auswüchse zu begrenzen. Ein weiterer wichtiger Baustein in der Bankenregulierungspolitik der Koalition ist die Verabschiedung eines nationalen Trennbankengesetzes. Damit wird für eine verbesserte Abschirmung des Kundengeschäfts

von Risiken aus spekulativen Geschäften gesorgt. Zudem müssen die Banken Pläne für ihre eigene Sanierung und Abwicklung vorweisen, sogenannte Bankentestamente. Das Argument, eine Bank sei zu groß oder zu vernetzt für eine Insolvenz, verliert zunehmend an Bedeutung.



* Die Finanzkrise darf sich nicht wiederholen. Die Finanzmärkte werden nun wesentlich schärfer überwacht. Die Unionsfraktion hat gemeinsam mit der Bundesregierung und dem Koalitionspartner neue Regeln für die Banken erlassen. Ab 2013 müssen sie mehr Eigenkapital vorhalten, um Verluste besser auffangen zu können. Boni-Exzessen wurde ein Riegel vorgeschoben, der Anlegerschutz gestärkt und die Aufsicht über Hedgefonds verschärft.

Bundestagsdrucksache 17/10040,
Gesetz zur Stärkung der Finanzaufsicht

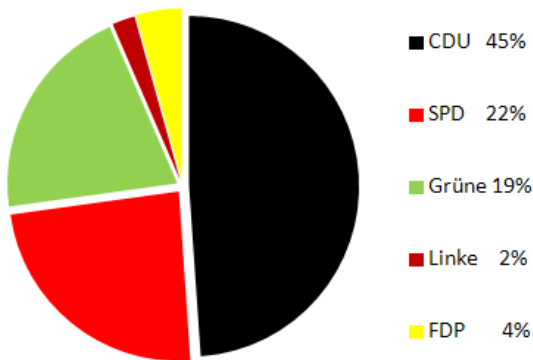
CDU **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

SONSTIGE THEMEN IM PLENUM

- EU-Beitritt Kroatiens beschlossen (nicht den Beitritt zur Euro-Zone)
- Kinder- und Jugendhilfe vereinfacht
- Suche nach atomarem Endlager begonnen
- Insolvenzrecht für private Schuldner verbessert

Baden-Württemberg wählt die Union

Sonntagsfrage Baden-Württemberg



Eine repräsentative Umfrage des SWR gemeinsam mit der Stuttgarter Zeitung zeigt: Fast jede(r) zweite baden-württembergische Wähler(in) würde der CDU die Stimme geben, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre. Der Landesvorsitzende Thomas Strobl MdB sagt dazu: „Die CDU kann mit Blick auf die Bundestagswahl im Herbst zuversichtlich sein. Es geht in die richtige Richtung und das gibt uns Motivation! Sich auf diesem guten Zwischenergebnis auszuruhen, wäre allerdings gefährlich.“

Euro hilft Deutschland mehr als die D-Mark

Eine aktuelle Berechnung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung weist nach, dass Beschäftigung und Wirtschaftswachstum hierzulande in erheblichem Maße vom Euro profitieren. Im Fall der Rückkehr zu einer eigenen Währung würde laut der Studie das Wachstum in Deutschland jedes Jahr rund 0,5 Prozentpunkte geringer ausfallen. Werden die prognostizierten Wachstumsvorteile der Euro-Mitgliedschaft zwischen 2013 und 2025 hingegen aufaddiert, ergibt sich daraus für Deutschland ein Gewinn in Höhe von fast 1,2 Billionen Euro.

Nicht zuletzt trägt dazu die Stabilität des Euro im Vergleich zur D-Mark bei: Während die Verbraucherpreise zu D-Mark-Zeiten um durchschnittlich 2,7 Prozent im Jahr stiegen, liegt die durchschnittliche Teuerungsrate seit der Euro-Einführung im Jahr 1999 bei 1,5 Prozent.

KURZNACHRICHTEN

Politik trifft Wirtschaft

Die ganze Woche über hatte der Heilbronner Bundestagsabgeordnete Thomas Strobl einen jungen Unternehmer zu Gast und gab ihm Einblick in den Berliner Politikbetrieb. „Es ist wichtig, dass Politik und Wirtschaft stets im Dialog sind. Dann können wir uns darüber austauschen, welche Auswirkungen politische Entscheidungen für einzelne Unternehmen und die dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben“, sagt der Vorsitzende der CDU Baden-Württemberg. Gespräch und Begegnungen fanden im Rahmen einer Projektwoche der Wirtschaftsunioren Deutschland statt, an der Thomas Strobl teilnahm.



Thomas Strobl MdB mit dem Wirtschaftsjunior Erik Schmidt, der bei einem großen Maschinenbauer in Leipzig als Projektmanager tätig ist.

Frischer Wind weht durch den Bundestag

Gleich dreimal bekam ich diese Woche Besuch von Schulklassen aus meiner Heimat. Insgesamt 80 Schülerinnen und Schüler machten auf Ihrer Abschlussfahrt Station im Deutschen Bundestag.



Interessant, was mir die Schülerinnen und Schüler der Selma-Rosenfeld-Realschule Eppingen zu sagen hatten!



Mit den Neckarsulmern von der Hermann-Greiner-Realschule habe ich am Dienstag fast eine Stunde lang diskutiert: über schwarz-grüne Koalitionen, die Chancen der Piratenpartei und Jugendpolitik.



Mit den Schülerinnen und Schülern der Heilbronner Dammrealschule habe ich besprochen, was es heißt „abgeordnet“ zu sein. Klar: Sie als Bürgerinnen und Bürger „ordnen“ mich „ab“, damit ich mich um ihre Belange kümmere.

Abgeordnetenbüro Heilbronn:
Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/ 982 4215 • Fax.: 07131/ 982 4216
thomas.strobl@wk.bundestag.de
www.thomas-strobl.de

Abgeordnetenbüro Berlin:
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227 72542 • Fax.: 030/ 227 70132
thomas.strobl@bundestag.de

v.i.S.d.P.:
Antonia Ritter, Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB
Zur Abbestellung bitte Nachricht an das Abgeordnetenbüro